V11 Leben retten, Katastrophenschutz stärken!

Antragsteller*in:	Oliver Smith (KV Soest)
Tagesordnungspunkt:	9. Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Ob Extremwetterlagen, Putins Angriffskrieg oder der demographische Wandel- in den vergangenen Jahren wurde die Wichtigkeit eines gut funktionierenden Katastrophenschutzes immer deutlicher. Getragen wird er im hohen Maße von ehrenamtlichen Kräften, die gemeinsam mit den Hauptamtlichen jeden Tag mit unglaublichem Engagement überall für Sicherheit sorgen und Menschenleben retten. Der Katastrophenschutz, mehr als nur ein Hobby, es ist ein Engagement für das Leben anderer. Ein Ehrenamt das Wort wörtlich Leben rettet. Helfer*innen der verschiedensten Hilfsorganisationen, des THWs und der Feuerwehr sind ein Rückgrat unserer Gesellschaft. Ohne diese Organisationen wäre ein friedliches und Freiheitliches Leben nicht möglich. Egal ob es sich dabei um eine sanitätsdienstliche Absicherung oder Brandwache des örtlichen Sportvereines, Judoturniere, Reitturniere oder Konzerte, Stadtfeste und Großveranstaltungen handelt. Beim Fußball von Amateuren bis zu Bundesliga, sind Hilfsorganisationen und Feuerwehren zu sehen. Sie opfern ihre Freizeit, um uns allen das Leben zu ermöglichen, welches wir gewohnt sind. Ehrenamtliches Engagement ist das Wurzelwerk, eine tragende Säule, unserer Gesellschaft. Wir stecken in unsere politische Arbeit viel Zeit, Geld und Herzblut, Ehrenamtliche in Hilfsorganisationen und Feuerwehren stehen uns da in nichts nach. Auch Sie haben mit den alltäglichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die es in unserer überbürokratisierten Gesellschaft gibt. Bürokratieflut, Digitalisierungsherausforderungen und nicht zuletzt Wertschätzung in der Bevölkerung für ihre Arbeit sind Probleme, denen wir uns stellen müssen.

Daher müssen wir als Bündnis 90/ Grüne zeigen, dass diese Helfer*innen nicht allein sind, wir stehen ihnen zur Seite. Wir müssen es ihnen ermöglichen, die Herausforderungen zu bewältigen, damit Sie weiter diese so wichtige Stütze unserer Gesellschaft sein können.

Dazu gehört:

- Digitalisierung vorantreiben
- Bürokratische Hürden abbauen
- Arbeitsbedingungen aller Helfer*innen verbessern
- Gerade Frauen und Mädchen ermutigen sich auch insbesondere in Feuerwehren zu engagieren
- Wertschätzung für die Arbeit in der Gesellschaft steigern
- Umweltfreundliche Alternativen zur Energiegewinnung wie Solaranlagen auf den Dienstgebäuden fördern
- Größere finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung und dem Erhalt nötiger Materialien geben

Die Herausforderungen, die der Katastrophenschutz zu bewältigen hat, sind vielseitig. Wir müssen den Helfer*innen zeigen, dass wir hinter ihnen stehen und sie nach Kräften unterstützen.

Die Digitalisierung vorantreiben ist eine der großen Herausforderungen einer modernen Gesellschaft. Diese Probleme finden sich im alltäglichen Leben sowie auf höheren Ebenen. Eine schnelle 5G Internetverbindung bzw. das digitale Bezahlen des Wocheneinkaufs sollte immer und überall verfügbar sein, doch die Realität sieht anders aus. Der Katastrophenschutz und die darin verankerten Hilfsorganisationen und Feuerwehren sind in vielen Bereichen der Digitalisierung schon gut vorangeschritten. Doch gibt es z.B. eine große Baustelle: Der Flickenteppich der „Erste-Hilfe-Apps“.

Viele Kreise und Städte in NRW nutzen bereits „Erste-Hilfe-Apps“. Diese dienen dazu ehrenamtliche Helfer*innen zu alarmieren, um bei Reanimationen in deren Nähe helfen zu können. Die Helfer*innen sind i.d.R. medizinisch ausgebildet und können daher die so wichtige frühzeitige Reanimation einleiten und bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes wichtige Zeit überbrücken. Diese Apps werden von den Leitstellen gesteuert und zeigen einen signifikanten Einfluss zum Positiven. So konnten wir im Kreis Soest unsere Überlebensquote von Reanimationen von 14% auf fast 32% steigern. Ähnliche Zahlen sind in anderen Kreisen und Städten auch zu erkennen. Allerdings sind die Leitstellen hierbei nicht in der Lage überregional oder systemübergreifend Freiwillige zu alarmieren. Es gibt keine neutrale Plattform, die es ermöglicht kreisübergreifend die Ressourcen zu

nutzen. Wir fordern die Grüne Landtagsfraktion, die Grünen Mitglieder der Landesregierung, sowie Grüne Mitglieder des Bundestags aus NRW auf sich für:

- Eine Vernetzung aller Ersthelfer- Apps einsetzen. Damit eine Alarmierung aller freiwilligen Helfer*innen auch überregional erfolgen kann.
- Anreize für die Städte und Kommunen schaffen Ersthelfer- Apps als Ergänzung für den Rettungsdienst zu installieren.
- Eine finanzielle Unterstützung bei der Werbung neuer Freiwilliger für die „Erste- Hilfe- Apps“ zur Verfügung zu stellen
- Die Digitalisierung insbesondere bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen stärker voranzutreiben
- Verwaltungsprozesse über digitale Lösungen zu verkürzen
- Regionalübergreifende Systeme aufzubauen, um die Zusammenarbeit zu erleichtern

Bürokratische Hürden Abbauen ist notwendig, um es dem Katastrophenschutz zu ermöglichen sich auf seine Aufgaben zu konzentrieren und nicht einen Großteil ihrer Zeit mit dem Ausfüllen diverser Formulare zu verbringen. Manche dieser Formulare müssen sogar in doppelter oder dreifacher Form versendet werden, um Statistiken zu erheben. Umweltkatastrophen, wie die Flut im Ahrtal, Stürme oder Brände sind Ereignisse, die sich in naher Zukunft häufen werden. Die Klimakatastrophe ist bereits bei uns in Europa, in Deutschland, in NRW angekommen. Die Stark-Wetter Ereignisse und ihre Folgen müssen wir auf allen Ebenen bekämpfen. Dazu brauchen wir einen resilienten Katastrophenschutz. Wir brauchen engagierte Helfer*innen, um Menschenleben zu retten und die Natur zu schützen, damit wir unser Zusammenleben als Gemeinschaft auch in Zukunft gewährleisten können. Aber wir, als Politik, die wir die Entscheidungsverantwortung tragen, müssen es den Hilfsorganisationen und Feuerwehren ermöglichen sich ihrer Arbeit widmen zu können, ohne von den Verwaltungsproblemen oder Versäumnissen der letzten Jahrzehnte gehemmt zu werden. Wir brauchen dieses gesellschaftliche Engagement in den Hilfsorganisationen und Feuerwehren. Unsere Gesellschaft ist auf den Katastrophenschutz angewiesen. Als Bündnis 90/ Grüne stehen wir natürlich hinter diesen ehrenamtlichen Helfern. Daher muss es uns ein Anliegen sein, ihnen ihre Arbeit zu erleichtern. Wir fordern die Grüne Landtagsfraktion, die Grünen

Mitglieder der Landesregierung, sowie Grüne Mitglieder des Bundestags aus NRW auf sich für:

- Bürokratische Prozesse wie z.B. die Patientendokumentation zu vereinfachen
- Datenerhebungen zu bündeln um Helfer*innen die Dokumentation zu erleichtern
- Genehmigungsprozesse zu erleichtern wie z.B. Patiententransporte. Kreise und Kommunen verbieten es vielen ehrenamtlichen Hilfsorganisationen, da Sie die Fahrkosten nicht verbuchen können
- Das Beschleunigen von Neuanschaffungen z.B. von Einsatzfahrzeugen einzusetzen
- Sich für die Möglichkeit der Ausbildung zum* zur Notfallsanitäter*in im Ehrenamt einzusetzen
- Die Qualifizierung von Ehrenamtlichen voranzutreiben, um professionelle Berufsqualifikationen zu erwerben.

Bürokratische Hürden wie z.B. die Ausbildung zum* zur Notfallsanitäter*in werden uns in den nächsten Jahren gerade bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen und im Katastrophenschutz beschäftigen. Es ist für ehrenamtliche Helfer*innen nicht mehr möglich den höchsten Ausbildungsstand im z.B. Rettungsdienst oder in Betreuungsdiensten zu erreichen. Als Bündnis 90/ Grüne stehen wir für eine Gesellschaft mit gut qualifiziertem Fachpersonal. Auch bei einer ehrenamtlichen Tätigkeit muss jede*r Helfer*in in der Lage sein die Aufgabe zu bewältigen und die erforderliche Professionalität zu haben. Jede*r Patient*in hat das Anrecht auf eine bestmögliche Behandlung. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob man eine ehren- oder hauptamtliche Fachkraft ist. Die Sorgen des Katastrophenschutzes, die berufliche Professionalität in naher Zukunft nicht mehr gewährleisten zu können ist groß. Die Ausbildungen, welche für den Einsatz benötigt werden sind zunehmend so gestaltet worden, dass sie mit einem ehrenamtlichen Engagement nicht mehr zu vereinbaren sind. Der Zugang zu den Abschlüssen kann nur noch über eine hauptberufliche Tätigkeit erfolgen, z.B. die Ausbildung zum*zur Notfallsanitäter*in. Um Ausbilder im Bereich der Psycho-Sozialen Notfallversorgung (PSNV) zu werden ist ein Psychologiestudium notwendig.

Um die Arbeitsbedingungen im Katastrophenschutz zu verbessern, benötigten die Helfer*innen dabei eine fachliche und professionelle Ausbildung für ihre vielfältigen Aufgaben. Die Standards sind in den letzten Jahren zu Recht gestiegen. Aber um dieser neuen Anspruchshaltung gerecht zu werden ist es wichtig jedem*jeder Helfer*in die Möglichkeit zu geben sich entsprechend qualifizieren zu können. Ohne diese Professionalität sind Einsätze wie bei der großen Fluchtbewegung 2015 aus Syrien nicht zu bewältigen. Werden die ehrenamtlichen Kräfte permanent überfordert kann es zu großen Problemen kommen. Fehlentscheidungen, Stress und Frust sind mögliche Folgen einer nicht optimalen Ausbildung. Dadurch könnte es zum Verlassen der Hilfsorganisationen kommen.

Die aktuelle Flucht vieler Menschen vor dem Angriffskrieg Russlands zeigt deutlich wie wichtig das zivilgesellschaftliche Engagement ist. Ein Engagement welches nur durch eine professionelle Vorbereitung der Helfer*innen möglich ist.

Hilfsorganisationen haben bei den verschiedensten Einsätzen mitgewirkt, um Menschen in Not zu helfen und Leben zu retten. Dabei sind Sie über sich hinausgewachsen, haben menschliches Leid gesehen und bestmöglich gehandelt um zu helfen. Eine Mamut-Aufgabe wie die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge wäre ohne dieses Engagement nicht möglich gewesen. Dabei sind die Helfer*innen an unzähligen Teilprozessen der Fluchthilfe tätig geworden z.B. bei der Evakuierung von Soldaten*innen, der Begleitung von ganzen Waisenhäusern, der medizinische Versorgung von Verletzten. Weiterhin waren ehrenamtliche Helfer bei der psychologische Nachsorge, der Betreuung in Kindergärten und Auffanglagern involviert. Ehrenamtliche Helfer haben auch bei der Integration geholfen und die hauptamtlichen Sozialdienste entlastet.

Katastrophenschutz und Feuerwehr sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, daher ist es wichtig in ihnen die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft widerzuspiegeln. Leider ist immer noch zu beobachten, dass die große Mehrheit an ehrenamtlichen Helfer*innen im Katastrophenschutz Männer sind. Wir brauchen ein gezieltes Werben um Mädchen und Frauen für den Katastrophenschutz. Denn nur ein Querschnitt der Gesellschaft kann im Notfall unsere vielfältige Gesellschaft retten und allen Anforderungen gerecht werden. Ein Katastrophenschutz aus einer männlich dominierten Sicht, ist blind für viele Bedürfnisse, die es in unserer Gesellschaft gibt. Gerade wir bei Bündnis 90/ Grüne stehen für eine paritätische Besetzung und Verteilung von Aufgaben. Aus diesem Grundsatz ziehen wir unsere Stärke, es muss uns daher ein Anliegen sein, gerade Mädchen und Frauen zu ermutigen sich in diesem Bereich stärker zu engagieren.

- Wir fordern ein gezieltes Bewerben der Tätigkeiten im Katastrophenschutz insbesondere für Mädchen und Frauen

Wir sind in unserer Gesellschaft auf die viele ehrenamtlich geleistete Arbeit angewiesen. Wir hätten ohne sie keinen Amateurfußball, Schwimmverein, Jugend- oder Kulturvereine, keine sozialen Einrichtungen, die Menschen in Not auffangen und helfen ihre aktuelle Lebenssituationen zu meistern. Aber auch der Katastrophenschutz wäre ohne das Ehrenamt nicht möglich. Die Folgen wären großes menschliches Leid, bspw. wenn bei einer Flut kaum jemand käme, bei einem Zugunglück nur wenige Sanitäter*innen und Notärzte*innen da wären. Solche Szenarien sind erschreckend, aber trauriger weise eine berechtigte Sorge in vielen Kreisen und Kommunen. Leider sind sie nicht mehr so undenkbar wie noch vor einigen Jahren. Die Klimakatastrophe zeigt zunehmend ihre Relevanz und ihre vernichtende Kraft. Wir müssen uns mit den drohenden Folgen auseinandersetzen. Kriege und Hass werden uns als Gesellschaft immer wieder mit neuen Hilfegesuchen aus der ganzen Welt herausfordern. Erdbeben, Stürme und auch Pandemien, so wie Corona, sind nur zu bewältigen, wenn wir Menschen haben, die kommen, wenn niemand kommt. Menschen denen so vieles abverlangt wird, stehen oft genug allein da. Arbeitgeber*innen untersagen es den Angestellten ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit nachzugehen, „da die Arbeit in der Firma, im Büro ja liegen bleibt." Wertschätzung spielt eine zentrale Rolle, um es jedem*r zu ermöglichen zu helfen. Wir brauchen mehr Wertschätzung für das Übernehmen so wichtiger Aufgaben in unserer Gesellschaft. Wir bei Bündnis 90/ Grüne stehen für Fortschritt. Eine moderne Gesellschaft muss es jedem*r ermöglichen sich für das Allgemeinwohl zu engagieren. Wir werden als freiheitliche Gesellschaft immer auch an dem gemessen, wie wir mit unseren eigenen Helfern*innen umgehen. In einer

fortschrittlichen Gesellschaft darf Arbeit kein Hindernis für soziales Engagement sein. Wir fordern:

- Mehr Wertschätzung für soziales Engagement
- Aufklärung für Arbeitgeber*innen über Kompensationszahlungen
- Digitalisierung und Erleichterung nötiger Kompensationszahlungen
- Finanzielle Unterstützungen für Helfer*innen bei der Anschaffung nötiger Utensilien zur Versorgung/Betreuung oder um Fortbildungen zu ermöglichen

um soziales Engagement jedem*r zu ermöglichen.

Die Klimakatastrophe ist eine generationenübergreifende Herausforderung, welche sich durch alle sozialen Sichten zieht. Wir können diese Katastrophe nur gemeinsam bewältigen. Dazu muss jeder Teil unserer Gesellschaft ihr Möglichstes tun um ökonomisch, sozialverträglich und ökologisch einen Wandel zu ermöglichen. Hierbei sind auch Feuerwehren und Hilfsorganisationen gefragt. Wir benötigen eine Entbürokratisierung und somit eine Erleichterung für Maßnahmen, die sich für umweltfreundliche Alternativen einsetzen, z. B. Solarzellen auf den Gebäuden der Hilfsorganisationen, Sanierungsarbeiten, um energieeffizienter arbeiten zu können. Dieses sind nur ein paar Ideen. Wir fordern daher:

- Bürokratische Hürden für umweltfreundliche Alternativen abzubauen
- Digitale Lösungen für Dokumentation stärker voranzutreiben
- Hilfestellungen, um grüne Alternativen zu ermöglichen z.B. Solarzellen
- Bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen und Material des Landes NRW die ökonomischen und ökologischen Alternativen stärker zu berücksichtigen

Der Katastrophenschutz ist aktuell mehr denn je ein Sorgenkind. Wir brauchen einen modernen starken Katastrophenschutz mit gut vernetzten und ausgebildeten Fachkräften. Die Hilfsorganisationen leisten in unseren schweren Zeiten übermenschliche Arbeit und wachsen, wenn es sein muss, über sich hinaus. Dieses Engagement darf nicht ungesehen bleiben und wir als Bündnis 90/Grüne begrüßen das Ehrenamt, und sichern ihnen mit diesem Antrag die Zukunft. Eine Zukunft mit vielen Herausforderungen, die wir zu bewältigen wissen. Aber wir müssen unseren Katastrophenschutz zukunftssicher gestalten. In der Notfallmedizin heißt es: „Vor der Lage zu sein, um in der Lage sicher entscheiden zu können“.

Unterstützer*innen

Nabiha Ghanem (KV Soest); Beatrice Ermisch (KV Soest); Antje Westhues (KV Bochum); Barbara Schulze (KV Soest); Judith Schröder (KV Soest); Ilona Giese (KV Soest); Burkhard Kalle (KV Soest); Thomas Reimann (KV Soest); Sonja Raeck (KV Soest); Ulrike Osman-Christen (KV Soest); Marjan Frauke Eggers (KV Märkischer Kreis); Lennard Schlöffel (KV Soest); Peter Borgmann (KV Bochum); Chris Darius Schnorrenberg (KV Bochum); Christine Dembinsky (KV Soest); Sven Schumacher (KV Gütersloh); Dominik Kaufmann (KV Soest); Heike Nübel (KV Soest); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Arne von

Holdt (KV Ennepe-Ruhr); Dirk Hähnel (KV Duisburg); Tobias Schwarzner (KV Rhein-Sieg); Sabine Dunisch (KV Köln); Dagmar C. Weinert-Fahle (KV Soest); Heike Marré (KV Düren)